

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bestand und Umfang:
Auer Anzeiger und Zeitung
Gesamtauflage m. B. 8. 700.
Erzgebirgsblätter:
Tagesblatt Auergebirge.
Sonntags- und Feiertagsblätter.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.70 Mt. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.60 Mt. Bei der Post bezahlt und freitags abgeholt monatlich 2.70 Mt. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 9.00 Mt., monatlich 2.60 Mt. Erscheint täglich in den Sonntagsnummern mit Ausnahme von Feiertagen und Feiertagsnummern. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenseiten der Zeitung oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 85 Pfg., auswärtsige Anzeigen 80 Pfg., Nationalzeitung für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 100 Pfg. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 4 Uhr vorm. Für jeder im Tag dann Ausgabe nicht gesichert werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 47

Freitag, den 27. Februar 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Pariser *Leclair* bestätigt, daß eine Revision des Friedensvertrages stattfinden werde, und zwar zugunsten der Besiegten.

Nach neuen erfolgreichen Verhandlungen der Vertreter der Bergarbeiter mit dem Arbeitsminister soll am 1. März die Kohlenindustriellen im schächlichen Kohlenbergbau wieder eingestellt werden.

Die Regierungskommission für das Saargebiet wird ihre amtliche Tätigkeit am 27. d. M. im Saargebiet aufnehmen.

Am Stelle Lansing's wurde Bainbridge Colby zum amerikanischen Staatssekretär des Neuen ernannt.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, hat gestern die Note der amerikanischen Regierung in der Adriafrage überreicht.

Die internationale Finanznot.

W. W. Die Herrichtung der Währungssysteme in den europäischen Ländern droht sich nachgerade zu einer Gefahr auszuweiten, die alle anderen weit hinter sich läßt. Herrichtet sind nicht nur die Währungssysteme der Mittelmächte und Rußlands, auch die Frankreichs und Englands sind aus ihren Fugen gerückt. Die Grundursache selbst der neutralen Geldmärkte ist nur schwebend, sodas der völlige Zusammenbruch der Währungssysteme sie ebenso in den Strudel ziehen würde, wie die unmittelbar beteiligten Staaten. Hätte die Friedenskonferenz in Paris sich nicht nur mit der Umgestaltung der Landkarte beschäftigt, sondern bedacht, was die Völker wirtschaftlich und finanziell zum Leben gebrauchen, so wäre die Gefahr für Europa heute weniger groß. Eine internationale Valutakonferenz, die sich nicht mit dem Anhören von Sachverständigen-Gutachten begnügt, hätte das wichtigste Ergebnis der Pariser Verhandlungen sein müssen. Für Frankreich und Italien hat der Sieg nicht den geringsten Wert mehr, wenn er mit dem Untergang der abendländischen Wirtschaft und Kultur bezahlt wird. Wieviel die Wirkungen der europäischen Finanz- und Währungsnot heute schon reichen, geht daraus hervor, daß der französische Frank selbst im fernen Osten unterwertig geworden ist. Das bedeutet, daß Frankreich für seine wichtige Seidenindustrie die Rohstoffe in Japan und China nur zu hohen Preisen einkaufen kann. Jedenfalls ist es gegenüber den Vereinigten Staaten im Nachteil, die die günstige Lage ausnutzen, um eine eigene große Seidenindustrie zu entwickeln.

Die Herrichtung der Währungssysteme ist mittelbar eine Folge des Krieges, unmittelbar aber ein Ergebnis der Versailler Politik. Der Krieg zwang zur Aufhebung der Bankgesetze, zur Vermehrung des Notenumlaufes, sowie zur Aufnahme von Anleihen. Die Aufhebung der Bankgesetze besetzte die Deckung der Noten durch Edelmetalle. Das Papiergeld ruhte nur noch auf dem Kredit des Staates. Und dieser Kredit war abhängig von Sieg oder Niederlage. Es spricht für die ungeheure Wirtschaftskraft Deutschlands, daß das Ansehen, das diese Kraft im Ausland genos, daß nicht sofort nach dem Waffenstillstand der finanzielle Zusammenbruch eintrat. Das Ausland hatte eben das Vertrauen, daß Deutschland sich aufrecht erhalten würde, und daß es alle Lasten aus der Niederlage tragen könne. Frankreich und England wären im Falle einer Niederlage finanziell sicher zusammengebrochen, zumal sie stark an ausländische Kreditgeber verschuldet waren. Die Beendigung des Krieges führte indessen nicht sofort zu einer Umschaltung der Weltwirtschaft. Immer noch deckten die Staaten ihren Bedarf durch Papiergeld, zumal Anleihen in nennenswerten Mengen sich nicht unterbringen ließen. Den größten Stoß erlitt das europäische Finanzsystem durch die Herrichtung der Währung in der früheren Donaumonarchie. Deutsch-Österreich mußte den gesamten Notenumlauf der alten Monarchie übernehmen, was den Kurs der Krone auf wenige Heller herabgedrückt hat. Deutschland, Frankreich und Italien ließen die Notenpresse unablässig arbeiten. Auch England hat sich mit Kreditlinien vollgepumpt, sodas der Sterling die Rolle des internationalen Geldes und Wertmaßstabes eingebläht hat. Überall sind Banknoten geschaffen worden, weil die Gütererzeugung durch Mangel an Rohstoffen nicht in Fluß kommen konnte. — Allein vermag sich Europa nicht zu helfen. Aber die Vereinigten Staaten, deren Hilfsmittel überhaupt erst einen Krieg von so langer Dauer ermöglichten, sind europamäße geworden. So bleibt uns der Weg, daß sich einzelne Staaten zusammenschließen, um in Uebersee Rohstoffkredite zu finden. Es ist Deutschland gelungen, einen Kredit von 200 Millionen Gulden in Holland aufzunehmen. Vielleicht ist das Gleiche in den skandinavischen Ländern möglich. Aber das ist nur ein kleiner Beihelf. Diese neutralen Länder haben ein sehr großes Interesse daran, daß Deutschland wirtschaftlich und finanziell wieder auf die Beine kommt.

Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland in Uebersee- u. B. in Argentinien und Brasilien große Rohstoffkredite erhält. Diese würden und zweifellos zur Verfügung stehen, wenn die deutsche Wirtschaftsmaschine wieder in Gang käme und wenn sie Leistungen entwickelte wie vor dem Kriege. Alles andere hat dann nur untergeordnete Bedeutung.

Die Haltung der Demokraten im Fall Erzberger.

Erzbergers Entschluß, seine Dienstbindung zu beantragen, ist, wie der *Vollanzeiger* wissen will, durchaus nicht so freiwillig gefaßt worden, wie man beim Lesen der amtlichen Meldung zu glauben geneigt sein könnte. Schon seit Tagen wurde innerhalb der Mehrheitsparteien eine Aktion vorbereitet, die den einen Zweck verfolgte, den Mann im Reichsministerium, gegen den die stärksten Anklagen erhoben wurden, wenigstens solange seiner Geschäfte als Minister zu entbinden, bis sich seine volle Unschuld erwiesen haben würde. Bei den Demokraten war in erster Linie Dr. Friedberg die treibende Kraft. Seinem Entschluß gelang es, daß die Demokraten aus dem Fall Erzberger eine Ehrenfrage der Mehrheitsparteien machten. So kam der Entschluß zustande, der die Angelegenheit dem Parteivorstande zur Beschlussfassung übermies. Wie verlautet, gewann diese Ansicht auch innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung an Boden, und in unüberwindlichen Besprechungen, die zwischen Sozialdemokraten und Demokraten stattfanden, gaben verschiedene Mehrheitsfraktionen dieser Ansicht auch offen Ausdruck. Ferner erzählt auch die *Städt. Kor.* aus zuverlässiger Quelle, daß Erzberger nicht freiwillig gegangen ist. In der Diensttagssitzung des Reichstages wurde zwar Erzberger zuerst nicht anwesend. Er wurde aber auf Anordnung des Reichskanzlers Bauer durch einen Kurier herbeigeholt. In dieser Kabinettsitzung wurde dann die Meinung aller Minister dahin bekanntgegeben, daß Erzberger unverzüglich um seine Dispensation beim Reichspräsidenten einzukommen habe.

Die Demokraten rechnen kaum noch mit einer Rückkehr Erzbergers, denn sie beschäftigen sich schon eingehend mit der Frage des Nachfolgers. Hier nun setzt — wie der *Vollanzeiger* behauptet — eine Aktion ein, hinter der Schiffer und Dernburg stehen. Nach ihrer Ansicht dürfte sich kaum ein Zentrumsmann finden, der der schweren Aufgabe des Finanzministers gewachsen ist. Sollte man an die Demokraten herantreten, so kämen nur zwei Männer in Frage, eben nur Schiffer und Dernburg. Diese würden aber unter keinen Umständen geneigt sein, das Erbe Erzbergers anzutreten. Besonders Schiffer setzt sich nun mit allen Mitteln dafür ein, daß die Sachministerien — nicht nur das Finanzministerium — von Sachleuten besetzt werden müssen. Ihre Anhängerchaft innerhalb ihrer Partei gewinnt immer mehr an Boden. Schiffer hat bei seinen Freunden noch für eine andere Aktion Stimmung gemacht, und auch hier sind die Dinge schon sehr weit gediehen. Man beabsichtigt, wie wir erfahren, in der nächsten Zeit in der Nationalversammlung an die Reichsregierung die Frage zu richten, welche Mittel sie in der Hand hat, um die Zustände zu beseitigen, die unbedingt zur wirtschaftlichen Katastrophe führen müssen. Von der Antwort, die die Reichsregierung erteilt, dürfte viel für die künftige Haltung der Demokraten und die Pläne Schiffers abhängen. Die beiden Fraktionen des Zentrums haben, wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, noch nicht zu dem Fall Erzbergers Stellung genommen. Sie wollen erst das Ergebnis der Untersuchung abwarten.

Prozeß Helfferich-Erzberger.

Bethmann-Hollweg als Zeuge.

Im Prozeß Erzberger-Helfferich kam gestern das Thema Kriegsteuern zur Erörterung. Erzberger hatte in der Nationalversammlung vorgeworfen, daß er als Staatssekretär des Schatzamtes gegen die Kriegsteuern gewesen sei. Hierzu kommt eine Besprechung v. Bethmann-Hollwegs mit Erzberger im Januar 1917 zur Sprache, als Helfferich bereits seine Kriegsteuervorlage angekündigt hatte. Helfferich erklärte nun, daß der Abgeordnete Spahn ihm die Neuzugung eines Abgeordneten mitgeteilt habe, Bethmann-Hollweg sei bereit, um des Burgfriedens willen die Steuervorlage zurückzuziehen. Dieser Abgeordnete sei Erzberger gewesen. Bethmann-Hollweg habe ausdrücklich verneint, daß er Erzberger gegenüber eine derartige Erklärung abgegeben habe. Erzberger erklärt dagegen, die Bemerkung Bethmann-Hollwegs sei gefallen. Als Zeugen waren gestern u. a. erschienen Bethmann-Hollweg, Spahn, Stresemann und Hugenberg. Der Verhandlungssaal war zum ersten Male überfüllt. v. Bethmann-Hollweg sagte aus, er habe, um eine Erschütterung des Burgfriedens zu vermeiden, Erzberger zugesagt, er würde seine Bedenken mit Helfferich besprechen und habe das auch getan. Er habe Erzberger gegenüber gelächelt, es sei Pflicht, in der Art der Behandlung der Vorlage im Reichstag alles zu vermeiden, was den Burgfrieden gefährliche untergraben könnte. Eine Andeutung, daß er persönlich nicht hinter den Steuervorlagen stünde, oder sie gar zurückzuziehen wolle, habe er nicht gemacht. Er habe den Eindruck gehabt, daß Erzberger daran gelegen war, die Steuervorlage zu Halle zu bringen. Wenn Erzberger so gesprochen habe, wie er es jetzt darstellt, mag der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Erzberger bleibt dabei, er habe unmittelbar nach der Unterredung mit Bethmann-Hollweg in seiner Fraktion darüber gesprochen und von dem Eindruck, den er erhalten habe. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er bewußt falsche Mitteilungen gemacht habe.

Es folgte die Vernehmung des früheren Ministers Spahn, die, wie Oberstaatsanwalt Krause zusammenfaßt, ergibt, daß Erzberger gesagt hat: Der Reichskanzler legt auf die Durchführung der Steuervorlage keinen Wert mehr. Unterstaatssekretär Sewald bekennt, daß Erzberger bei der Parlamentarierbesprechung beim Reichskanzler, deren Zweck gewesen sei, jedes Ueberraschungsmoment auszuschalten, erklärt habe, er denke nicht daran, seine Bedenken gegen den Ueberrück im Hauptauschuß vorzubringen. Erzbergers Vorrede habe eine ganz ungeheure Erregung hervorgerufen. Erzberger begründet seinen Vorstoß damit, daß die ihm erteilte Antwort des Unterstaatssekretärs auf sein Material durchaus unbefriedigend gewesen sei. Zeuge Dr. Stresemann erklärt, Erzberger habe ihm gegenüber, nachdem er am 6. Juli seiner Frage, ob er Bethmann-Hollweg stützen oder stürzen wolle, ausgewichen sei, am 7. Juli zugegeben, daß er den Kanzler beseitigen wolle. v. Bethmann-Hollweg wandte sich bei seiner weiteren Vernehmung gegen die Behauptung, er habe die Besprechung zwischen Parlamentariern und der Obersten Delegation verhindert. Weiter habe er dem Kaiser mitgeteilt, daß die Lage sehr ernst und kritisch sei, da Erzbergers Reichstagsrede große Aufregung hervorgerufen habe. Er (Bethmann-Hollweg) habe aber gehofft, der Aufregung Herr zu werden.

In der folgenden Erörterung der Vorgeschichte von Erzbergers Wiener Reise antwortet Erzberger auf die Frage des Vorsitzenden, ob er auf Wunsch des Reichspräsidenten oder auf Wunsch des Reichskanzlers gefahren sei, beides könne sein. Nachdem sich Staatsanwalt v. Gordan und Rechtsanwalt Wilsberg mit der Anordnung des Vorsitzenden einverstanden erklärt hatten, gewisse Fragen, deren Erörterung Reichsinteressen gefährden könnten, nicht zur Sprache zu bringen, behandelte v. Bethmann-Hollweg, er habe Erzberger keinen Auftrag erteilt, nach Wien zu reisen. Da Erzberger aber in Oesterreich mit einflussreichen Personen zusammenkommen mußte, habe er ihn gebeten, dort politische Stimmungen zu befeuchten. Die Verhandlung wurde darauf auf Montag normittag vertagt.

Die neue Tagung der Nationalversammlung.

Präsident Hehenbach eröffnete die gestrige Sitzung der Nationalversammlung um 3 1/2 Uhr und teilte ein Telegramm von deutschen Kriegsgefangenen aus Neuhammer mit, die nach Polen hatten transportiert werden sollen, denen es aber gelungen war, auf deutschen Boden zu entkommen; sie entbieten der Nationalversammlung unverbrüchliche Treue. (Beifall.) Der Vorkommnisse-Ausschuß hat beschlossen, vorzuschlagen, am Freitag keine Anfragen zu erledigen und alsdann die Generaldebatte über die Steuergesetze zu beginnen. Der Gesetzentwurf über den Personenstand wird dem 29. Ausschuh überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Artikels 13 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reiches. (Abg. Eohn (Unabh.): Der Entwurf erklärt das Reichsgericht für zuständig bei Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenz von Reichs- und Landeszentralbehörden. Diese Frage muß dem Verfassungsausschuß überwiesen werden. Das Haus ist damit einverstanden.)

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Änderung des Konsulatgesetzbuches. (Abg. Wurm (Dtshnat.): Die Neuwahlen zum Reichstag werden durch solche Vorlagen immer wieder verschoben. Es ist zu bezweifeln, ob durch die Bestimmungen des Gesetzentwurfes die unerwünschte Einwanderung eingedämmt wird. Hier muß im Notfall durch die Einstellung der künftigen Einwanderer in Sammellager energisch vorgegangen werden. Reichsminister Müller: Die Regierung hat nicht die Absicht, die Nationalversammlung länger als notwendig zusammenzuhalten, aber eine Reihe von Gesetzen muß erledigt werden. Möge das Haus uns durch schnelle Erledigung derselben unterstützen. Mit den unerwünschten Zuständen in der Grenadierstraße in Berlin haben sich die Reichsregierung und die preussische Regierung beschäftigt, aber hier ist doch wohl nicht der Ort dazu, hierauf einzugehen. Der Gesetzentwurf geht an den Volkswirtschaftsausschuß.)

Es folgte die erste Beratung des Verfassungsausschusses. Unterstaatssekretär Wölle: Das Gesetz hat seine Begründung in der Notlage des Reiches. Die Rücksicht auf die Einheitsliebe der Bevölkerung mußte den Unterschied zwischen nationaler und nichtnationaler